

und dem Auftritt christengeiler Löwen brüllen?

Erfüllt die FDP in ihrem derzeitigen Zustand die Kriterien einer bürgerlichen Partei – im Sinne von Solidität, Substanz und Stetigkeit (siehe oben)? Sie ist gewiss keine Partei, die den Bürgergeist Willy

Brandts geerbt hat, keine, die Konrad Adenauer nicht noch gründlicher verachtet hätte als die seines Vizekanzlers Blücher, vermutlich auch keine, in der sich Otto Graf Lambsdorff wohl fühlen würde. Frau Merkel wird es ihren Duzfreund Guido eines Tages wissen lassen.

Richard Meng

Bürgerlich? Auch das!

Wider eine falsche Abgrenzung der Linken vom Zentrum der Gesellschaft

Verbürgerlichung? Im links-kulturellen Sprachgebrauch klingt das abschätzig. Ein anderes Wort für nachholende, prinzipienschwache Etabliertheit. Der neueste Belegfall in diese Richtung: die Grünen. Deren Anpassungsprozess an Mainstreamings ist rapide. Aber wer nur deshalb den bürgerlichen Milieus mit Abgrenzung begegnet, weil die Grünen dorthin streben, wo Konservative und Neoliberale ihr natürliches Mehrheitsreservoir sehen, macht einen schweren Fehler. Und misstraut sich selbst.

Bei diesem Thema ist eine Verständigung über den Kernbegriff tatsächlich das Problem. Auf der Linken verstehen viele unter »Bürgertum« immer noch die alten, konservativen Besitzbürger früherer Jahrhunderte, gegen deren gesellschaftliche Vormacht die Lohnabhängigen angehen müssen. Eine Gesellschaftsgruppe also, zu der man sich wahrlich nicht zählen muss. Auf der Rechten – und oft übernommen von den Medien – wird »bürgerlich« seit Jahrzehnten eher als politischer Lagerbegriff verwendet, parteipolitisch ausgelegt: als Etikett für Schwarz-Gelb, durchaus ausgrenzend gemeint.

Inzwischen, mit dem Hineinwachsen der rot-grünen Generation in die prägenden gesellschaftlichen Rollen und Kreise, geht es bei der Bezugnahme aufs Bürgerliche wild durcheinander. Weil unterschiedliches gemeint wird, wenn das Wort fällt. Diese Generation ist natürlich nicht zu reduzieren auf jene, die sich parteipolitisch



Richard Meng

(* 1954) ist Sprecher des Senats von Berlin.

sprecher@senatskanzlei.berlin.de

grün zuordnen. Sondern sie umfasst die kulturelle Mehrheit unter den heute 40-60jährigen, die in der neuen Gedankenfreiheit der Nach-68er-Jahre aufwuchsen. Und sich – mit einem gewissen *pourquoi-pas*-Gefühl – heute als diejenigen empfinden, die sehr zu Recht auch im Zentrum der Gesellschaft das Erbe der Aufbaugeneration antreten.

Auch die alte Unterscheidung zwischen Bourgeois und Citoyen hilft nicht mehr weiter. Sie basiert auf Gesellschaftsstrukturen, die es so nicht mehr gibt. In Zeiten der neuen gesellschaftlichen Spal-

tungsprozesse und Partizipationsschranken spricht alles dafür, den Begriff Bürgertum eher deskriptiv zu benutzen und die Grenzen dabei sehr weit zu ziehen. Gemeint sind dann diejenigen, die mit regelmäßigem Einkommen und hinreichendem Wohlstand aus eigener finanzieller Kraft ein Leben führen können, das von Teilhabe an den Kultur-, Freizeit- und Bildungsangeboten geprägt ist. Die heutige, nicht sehr homogene, aber in sich gesprächsfähige und als Ganzes allemal meinungsprägende Mittelschicht.

Diese Mittelschicht ist bürgerlich. Sie prägt das lokale gesellschaftliche Leben, die Vereine und Verbände, stellt das Publikum bei öffentlichen Veranstaltungen. Aus ihr kommen die meisten derer, die sich von allen politischen Parteien für Parlamente aufstellen lassen. Während es oberhalb dieses realen Bürgertums eine kleine, aber wachsende Schicht von Reichen gibt, von denen ein wachsender Anteil Engagement in der Gemeinschaft längst nicht

mehr als seine persönliche Aufgabe empfindet. Großbürgertum nannte man sie früher, traditionell in Teilen durchaus der Gesellschaft zugewandt, indes: In der globalisierten Welt haben sie Einbindung ins Ganze nicht mehr nötig. Sie kaufen sich ihre Art der interessensadäquaten Teilhabe ein – von privaten Schulen und Hochschulen bis hin zu Luxusreisen und mehreren Wohnsitzen über die Welt verteilt.

Unterhalb der bürgerlichen Mittelschicht wächst die Schicht der abgehängten Transfergeldempfänger. Oft, aber längst nicht immer mit Migrationshintergrund und Sprachproblemen. Und die Gesellschaft braucht ihr bürgerliches Zentrum gerade deshalb, weil dem Auseinanderdriften unten und oben entgegengewirkt werden muss. Hier entscheidet sich nicht zuletzt die demokratische Meinungsführerschaft. Und deshalb macht es überhaupt keinen Sinn, der konservativ-liberalen Lebenslüge zu folgen, diese Formation habe quasi ein Monopol auf den Begriff des Bürgerlichen.

Gewiss: Es gibt sie noch, die alten, eher ständischen Teile des Mittelschicht-Bürgertums, wenn auch mit abnehmender Bedeutung. Alt übrigens mitunter sehr direkt im Generationensinne: Die Eltern dachten ordnungspolitisch rechts, die Kinder denken liberal-ökologisch. Diese Kinder erreichen nun ein Alter, in dem sie im Berufsleben die prägenden Rollen einnehmen. Sie können mit dem klassischen Konservativismus nichts mehr anfangen, genau das hat die Merkel-CDU realisiert.

Viele von ihnen können aber auch mit anti-bürgerlicher Egalitätsrhetorik nichts anfangen. Das ist der Hintergrund dafür, dass FDP und Grüne seit Jahren im demoskopischen Aufschwung sind, ohne dazu personell oder programmatisch viel beitragen zu müssen. Und aktuell die Grünen umso besser dastehen, je schneller die FDP sich selbst demontiert, weil sie im Regierungamt schon wieder als Klientelpartei erkennbar wird, während der grüne Zauber wieder wirkt. Umso leichter, je länger die grünen Regierungszeiten zurück liegen.

Hier geht es um kulturelle Identifikationen, nicht um Programmatik alleine. An Union und SPD sind seit den 80er Jahren viele aus der neuen bürgerlichen Generation vorbei gegangen, hin zu Grünen oder FDP. Andere wiederum sind aber bei Union und SPD gelandet und prägen längst auch diese Parteien. Selbstverständlich ist die heutige SPD-Führung von Habitus und sozialer Verankerung her alles andere als unbürgerlich. In der Anmutung der Gesamtpartei freilich fehlt mitunter die selbstverständliche Bereitschaft, sich dazuzuzählen zum Kreis derer, die in der Gesellschaft die Führungsrollen haben oder zumindest haben wollen. Und damit: die Verantwortung für das gesellschaftliche Ganze zu übernehmen.

Das heutige Bürgertum lebt eben nicht aus dem Anti heraus. Es grenzt sich nicht nur ab von allem Bösen, sei es nun Krieg oder Umweltzerstörung oder soziale Spal-

tung. Es will sich mindestens ein Stück weit identifizieren mit dem Ist, wird darüber oft beharrend und in modernem Sinne strukturkonservativ, aber es wird für realistische Veränderungen gebraucht. Eigentlich ist das der klassische Politikzugang pragmatischer Sozialdemokraten. Hin und wieder hatten die Werbestrategen dafür Begriffe geprägt. Unter Willy Brandt und Helmut Schmidt war von der linken Mitte und vom modernen Deutschland die Rede, zu Beginn von Gerhard Schröders Kanzlerzeit von der neuen Mitte. Immer waren das Versuche, selbst den Führungsanspruch im gesellschaftlichen Zentrum zu erheben, zu oft leider unter Hintanstellung der linken Wurzeln.

Nun hat die neue Verwechselbarkeit im breiten bürgerlichen Spektrum aber auch damit zu tun, dass die alten Konservativen mühsam hinzulernen und der älter werdenden Aufbruchgeneration der 70er und 80er Jahre mit dem Übergang vom Idealismus zum Pragmatismus die Feindbilder ausgegangen sind. Sie machen, wie so viele vor ihnen im gleichen Alter, ihren Frieden mit den gesellschaftlichen Zuständen, im Prinzip jedenfalls. *Pourquoi pas*, warum nicht? Hier ist der Kern des Themas erreicht. Erstens: Es behauptete niemand, dass sich nicht auch für die Sozialdemokratie in der Nach-Godesberg-Ära sagen ließe, dass sie die Verhältnisse im Prinzip akzeptiert hat. Zweitens: Schwierig wird es aber, wo im Zuge der Milieuanpassung die politischen Werte und Ziele über Bord geworfen werden. Und das ist die Auseinandersetzung *im* Bürgertum, die sich lohnt. Mit der CDU, mit den Grünen.

Der Streit ums Bürgerliche ist müßig, wenn man doch selbst dazu gehört und das auch ruhig zugeben kann. Den Wettstreit um die besten politischen Konzepte für eine gerechtere Gesellschaft jedenfalls behindert das nicht, es befördert ihn eher – und verhindert jene Abschottungsspirale hin ins Weltfremde, die linken Parteien gelegentlich zu schaffen macht.